

Schwierigkeiten des Erinnerns in der armenischen, deutschen und türkischen Gesellschaft

Von Markus Gippert

Der Kölner Appell gegen Rassismus e.V. hatte für den heutigen Abend die Berliner Historikerin Dr. Annette Schaeffgen geladen. Die Moderation übernahm die Journalistin Sandy Zurikoglu-Erdogan, die die Veranstaltung mit einer Buchvorstellung begann.

„Operation Nemesis. Die Türkei, Deutschland und der Völkermord an den Armeniern“ von Rolf Hoffeld stellt den Umgang des Deutschen Reiches mit dem Völkermord an den Armeniern in den Vordergrund. Es beschreibt den Prozess gegen den Mörder von Talaat Pascha am Berliner Landgericht im Juni 1921. Talaat, der als Innenminister des Osmanischen Reiches der Hauptverantwortliche für den Genozid an den Armeniern war, lebte inkognito im Berliner Exil, wurde aber von dem Armenier Soghomon Tehlirian aufgespürt und auf offener Straße erschossen. Das Berliner Gericht sprach Tehlirian frei. Hoffelds Buch beschreibt in allgemeinverständlicher Weise die Hintergründe dieses Mordes, es beschreibt die politischen Zusammenhänge in der Türkei, die schließlich zu den Massakern und Vertreibungen führten. Zudem wird die Verantwortung des Deutschen Reiches als türkischer Bündnispartner deutlich.

Auch Annette Schaeffgen hat sich mit dem Mord an Talaat Pascha beschäftigt. Zu Beginn ihres Vortrags berichtete sie, wie sie dazu kam, über den Genozid an den Armeniern und dessen Zusammenhängen zu arbeiten. Auf die Geschehnisse in Berlin im Sommer 1921 war sie im Rahmen eines



Seminars gestoßen. In der Folge begann sie, der Frage nachzugehen, warum über die Verbrechen an den Armeniern in Deutschland so wenig bekannt sei. „Wie ist das zu erklären in einem Land, das selbst Erfahrungen mit kollektiver Schuld gemacht hat und in dem die Überzeugung von der Wichtigkeit einer offenen und kritischen Vergangenheitsaufarbeitung gewachsen und von einem Großteil der Gesellschaft auch verinnerlicht worden ist? Müsste diese Erkenntnis nicht auch auf andere Völkermordverbrechen übertragen werden? Warum ist dies nicht der Fall? Welche innen- und außenpolitische Faktoren waren und sind bei der – zum Großteil lückenhaften oder sogar fehlenden – Rezeption des Völkermordes in der Bundesrepublik und in anderen Staaten ausschlaggebend?“. Dies waren die Leitfragen von Schaeffgens Studie, welche sie im Folgenden vorstellte.

Diese Arbeit hat vor allem zwei Schwerpunkte: Einerseits beleuchtet sie die *Politik*, vor allem die deutschen Politiker und Diplomaten und ihre Haltungen und Äußerungen zum Genozid an den Armeniern in der Geschichte der Bundesrepublik. Auf der anderen Seite beschäftigt sie sich mit der deutschsprachigen Literatur, die das armenische Schicksal behandelt, und der Frage, inwieweit diese Literatur das Wissen über das Thema in Deutschland geprägt hat.

Beginnend mit dem Schwerpunkt Politik hob die Referentin die Bedeutung der Resolution des Deutschen Bundestages vom 16. Juni 2005 hervor. Die Erklärung mit dem Titel „Erinnerung und

Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 1915 – Deutschland muss zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen“ verzichte auf den Begriff „Völkermord“, es werde stattdessen von „organisierter Vertreibung und Vernichtung“ gesprochen, was sowohl seitens der armenischen Gemeinden als auch der Presse kritisiert worden sei. Trotzdem könne die Resolution als „Meilenstein“ gelten – „Erstmalig wurde nämlich von politischer Seite aus eigenem Antrieb zum Thema Stellung bezogen“, so Schaeffgen. Sie verwies hierbei aber auch auf die Bedeutung der vorangegangenen Anerkennung des Völkermords in anderen Ländern, vor allem in Frankreich und den USA.

Hervorzuheben sei auch, dass die Parlamentarier auf die besondere Verpflichtung Deutschlands hinwiesen, hätte das Deutsche Reich doch damals eine „unrühmliche Rolle“ gespielt. So seien die Verantwortlichen auf deutscher Seite doch über die Massaker bestens informiert gewesen, hätten aber nicht eingegriffen, da sie das Bündnis nicht gefährden wollten. Zudem sei versucht worden, eine öffentliche Diskussion in Deutschland zu vermeiden: „Über die armenische Frage wird am



besten geschwiegen“, so zitiert Schaeffgen eine Anweisung an die Presse aus dem Jahre 1915. Das Argument, die Bewertung der Massaker an den Armeniern sei eine Frage der Geschichtswissenschaft – und somit kein Thema für die Politik - bezeichnet Schaeffgen als „falsch und unlogisch“, es sei

unter Historikern international Konsens, dass es sich bei den Ereignissen zwischen 1915 und 1917 um einen Völkermord gehandelt hat. Dennoch habe die deutsche Bundesregierung dieses Argument noch im Jahre 2001 herangezogen. Somit kam sie der offiziellen türkischen Sichtweise entgegen.

Diese Sichtweise, ließe sich, so Schaeffgen in vier zentrale Argumente aufschlüsseln: Die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern seien erstens „notwendige Umsiedlungsaktionen“ und Reaktionen auf armenische Aufstände gegen die türkische Führung gewesen. Zweitens könne von Völkermord nicht die Rede sein, da nur aus bestimmten Regionen Deportationen erfolgt seien. Drittens habe es keine Vorsätzliche und planmäßige Ermordung gegeben und viertens seien die Opferzahlen weitaus geringer, als von der Gegenseite behauptet. Diese Sichtweise hätte der türkische Staat zur Staatsdoktrin erhoben, so Schaeffgen. Von dieser Version abweichende Behauptungen gälten als „türkenfeindlich“ und könnten entsprechend des Paragraphen 301 des türkischen Strafgesetzbuches strafrechtlich geahndet werden. Die Referentin verwies an dieser Stelle u. a. auf das Verfahren gegen den Schriftsteller Orhan Pamuk. Außerdem wies sie auf die bildungspolitischen Anstrengungen hin, mit der die türkische Führung in den Schulen indoktrinierend vorgehe, zum Beispiel mittels Aufsatzwettbewerben mit dem Ziel, darzustellen, „dass es keinen Völkermord an den Armeniern in der Türkei gegeben habe.“

Betrachtet man die Außenpolitik der Türkei, so sei festzustellen, dass sie ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem ihre Mitgliedschaft in der NATO, nutze, um die internationale Diskussion zu beeinflussen und ihre Sichtweise durchzusetzen. Schaeffgen stellte fest, „dass die Leugnung des Genozids heute ein politisches Instrument sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik darstellt“.

Wie der Umgang mit dem Völkermord in den Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland behandelt worden war, machte Schaeffgen anhand einiger Beispiele aus den Akten des Auswärtigen Amtes, Berichte deutscher Diplomaten über die Lage in der Türkei, deutlich. Diese Dokumente

zeigten, dass den Diplomaten das Schicksal der Armenier durchaus bewusst war. „Über den historischen Hintergrund und über die Täter erhalten sie jedoch keine Informationen“, sagte die Referentin. Dieses, so Schaeffgen, „lückenhafte und unkritische“ Bild, das hier vermittelt worden war, ließe sich durch das völkerrechtliche Verbot, sich als Diplomat in die inneren Angelegenheiten des Gaststaates einzumischen, erklären, wie auch dadurch, dass sich Diplomaten vor allem mit *aktuellen* ethnischen und politischen Problemen beschäftigten.

Schaeffgen beleuchtete im Folgenden auch die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Armenien. Das Thema Völkermord sei lange Jahre lang kein Thema gewesen. Zur Zeit des Kalten Krieges habe es von sowjetischer Seite keine Rolle gespielt; die nationalen Anliegen der Armenier waren nicht erwünscht. Heute werde das Thema gelegentlich angesprochen, eine Forderung nach offizieller Anerkennung von Seiten der armenischen Regierung gebe es allerdings (noch) nicht.

Schaeffgen schlussfolgert: „Außenpolitisch wird das Thema demnach nicht an die deutsche Politik herangetragen, von der Türkei nicht, da diese dieses Thema nicht angesprochen sehen will, von der Republik Armenien nicht, da sie mit existentiellen Problemen zu kämpfen hat.“



Bei ihrer Betrachtung der deutschen innenpolitischen Diskussion richtete Schaeffgen ihren Blick vor allem auf die Leistung

der armenischen Gemeinde in Deutschland, die seit Anfang der 60er Jahre um Aufklärung und Anerkennung bemüht sei. Sie betont aber auch die Bedeutung der Rezeption der Anerkennungsbemühungen in den deutschen Nachbarländern. Darüber hinaus sei der Völkermord an den Armeniern „vor allem aufgrund der Diskussion um einen EU-Beitritt der Türkei auch in Deutschland verstärkt zu einem Thema der öffentlichen Diskussion geworden“, stellt Schaeffgen fest. Zudem wies sie auf die bildungspolitischen Überlegungen über eine Aufnahme des Genozids an den Armeniern als Thema in den Lehrplan hin.

Auch in der Türkei formiere sich langsam ein Widerstand gegen die offizielle türkische Geschichtsschreibung. Schaeffgen verwies hier z.B. auf die Historiker Taner Akcam, Fikret Adanir und Halil Berktaş. Doch das Beispiel der Historikerkonferenz im Herbst 2005, die das Thema behandeln sollte und der seitens der Politik und der Medien erhebliche Hindernisse in den Weg gelegt wurden, zeige, so Schaeffgen, welch „steiniger Weg auf sich genommen“ wurde. Sie bewerte diese Konferenz dennoch als „großen und hoffnungsvollen Schritt“.

Am Ende ihres Vortrags sprach die Referentin vom zweiten Schwerpunkt ihrer Studie, der deutschsprachigen Literatur, die sich mit dem Völkermord an den Armeniern auseinandersetzt. Sie erwähnte vor allem zwei Bücher: „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ von Franz Werfel und „Das Märchen vom letzten Gedanken“ von Edgar Hilsenrath. „Beide Autoren“, so stellte Schaeffgen fest, „verbindet neben der Thematik ihre Motivation: Sie möchten durch ihre Werke das Schicksal der Armenier wieder in die Erinnerung rufen und zugleich mahnen, das Schweigen über die armenische Tragödie zu brechen.“ Mit Worten aus Edgar Hilsenraths Buch, welche die Wichtigkeit hervorheben, das Schweigen zu brechen und in einen offenen Dialog zu treten, schloss Annette Schaeffgen ihren Vortrag.

Die folgende Diskussion, die Sandy Zurikoglu-Erdogan leitete, hatte vor allem drei Schwerpunkte. Zunächst wurde thematisiert, wie in Deutschland über den Völkermord an den Armeniern gesprochen werden kann. Vor allem wurde das Beispiel Schule angesprochen: Wie können LehrerInnen in Deutschland auf dieses Thema in ihrem Unterricht angemessen eingehen? Es wurde die Frage gestellt, ob viele LehrerInnen dieses Thema nicht behandelten, weil sie Angst vor den Reaktionen türkischstämmiger Schüler haben. In diesem Zusammenhang diskutierten die

Anwesenden über verschiedene Gespräche mit Leuten, die der offiziellen türkischen Version der Geschehnisse anhängen.

Die Moderatorin setzte den zweiten Schwerpunkt der Diskussion mit der Frage, wie die Aufarbeitung der deutschen Geschichte in Deutschland eine Möglichkeit sein könne, die Diskussion über den Umgang Völkermord an den Armeniern anzuregen.

Schließlich wurde die Politik des türkischen Staates thematisiert. Der Völkermord an den Armeniern sei wohl ein besonders schlimmes, aber nicht das einzige Beispiel für die repressive, brutale und nationalistische Politik in der Türkei. So wurde auf die Folterpraxis hingewiesen, deren Opfer vor allem politisch Andersdenkende waren und sind. Der Brandanschlag gegen liberale Intellektuelle und Schriftsteller in Sivas im Jahr 1993, bei dem 35 Menschen ums Leben gekommen sind, sei ein schreckliches Beispiel für einen von aggressivem, falsch verstandenen Nationalstolz durchdrungenen Teil der türkischen Bevölkerung und einer alles andere als demokratischen Regierung in Ankara.

Sandy Zurikoglu-Erdogan beendete die Veranstaltung mit einem Hinweis auf den folgenden Freitag, an dem die Reihe „Erinnern für die Menschenrechte“ mit der Vorführung des Films „Ararat“ von Atom Egoyan fortgesetzt wird.

Fotos: Sella Schenk